



<b>Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen SPD</b>	<b>Vorlagen - Nr.:</b> <b>Status:</b> <b>Datum:</b> <b>Eingang:</b>	<b>VO/0530/2009</b> <b>öffentlich</b> <b>13.08.2009</b>	<b>TOP</b>
<b>Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>			
<b><u>Beratende Gremien:</u></b>		<b>Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>	

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen u. SPD betr. Hessischer Aktionsplan für mehr Erzieherinnen und Erzieher**

**Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass diese mit einem Hessischen Aktionsplan ‚Mehr Erzieherinnen und Erzieher‘ dem sich abzeichnenden Notstand an Erzieherinnen und Erziehern aktiv vorbeugt.**

Dieser Aktionsplan soll folgende Bausteine beinhalten:

1. Es wird ein Sofortprogramm aufgelegt, durch das 500 neue Ausbildungsplätze an den Fachschulen für Sozialpädagogik und an den Berufsfachschulen für Sozialassistenten geschaffen werden, beginnend ab dem Schuljahr 2009/2010. Für dieses Sonderprogramm sind für vier Jahre pro Jahr zusätzlich 2,5 Mio. Euro aus Landesmitteln zu veranschlagen, das Gesamtvolumen des Programms beträgt 10 Millionen Euro.
2. In Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit sollen die etwa 1500 arbeitslos gemeldeten Erzieherinnen und Erziehern in Hessen für den Wiedereinstieg in den Beruf gewonnen werden. Langzeitarbeitslosen Erzieherinnen und Erziehern sowie aus dem Beruf ausgestiegenen Fachkräften sollen besondere Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern. Arbeitslos gemeldeten Personen aus verwandten Berufsfeldern sollen Umschulungen angeboten werden.
3. Es soll eine landesweite Initiative in Kooperation mit den Kommunen und anderen Trägern von Kindertageseinrichtungen gestartet werden, um Erzieherinnen und Erziehern, die nach Elternzeit oder aus anderen Gründen aus dem Beruf ausgeschieden und momentan nicht erwerbstätig sind, für die Rückkehr in den Beruf zu gewinnen.
4. Eine breitflächig angelegte Werbekampagne soll mehr junge Menschen für diese Ausbildung motivieren. Es sollen insbesondere junge Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen werden, da der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in den größeren Städten bereits heute weit über 30% liegt, während der Anteil des pädagogischen Personals mit Migrationshintergrund in Kindertagesstätten verschwindend gering ist.  
Um den Genderaspekt besser als bisher zu berücksichtigen, sollen auch gezielt mehr junge Männer geworben werden, da der Anteil des männlichen Personals in den

Kindertageseinrichtungen nur bei rund 5% liegt, Mädchen und Jungen aber männliche und weibliche Vorbilder brauchen.

5. Die Attraktivität des Berufs soll durch bessere Karrierechancen gesteigert werden. Dazu gehört u.a. die Unterstützung von Studiengängen zur Erreichung eines Bachelor-Abschlusses, wie z.B. an der evangelischen Fachhochschule Darmstadt, und die Unterstützung berufsbegleitender Studiengänge, wie z.B. an der Fachhochschule Gießen-Friedberg.
6. Es soll ein Konzept zur Reform der Erzieherinnenausbildung erarbeitet werden, das mittelfristig die Ausbildung auf Fachhochschulniveau etabliert, um dem europäischen Standard zu entsprechen.

### **Begründung:**

Frühe Bildung ist für ein gutes Aufwachsen von Kindern und gerechte Bildungschancen enorm wichtig. Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ist hierfür eine wichtige Voraussetzung. Mit seinem Kinderbetreuungsangebot setzt Marburg landesweit beachtete quantitative und qualitative Maßstäbe. Das gute Angebot in Marburg ist seit Jahren ein wichtiger weicher Standortfaktor für die Stadt. Zwar ist Marburg aktuell gut aufgestellt, jedoch sind Auswirkungen bundespolitischer Vorgaben auch hier zu erwarten.

Der von allen gewollte Ausbau an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren kann nur dann qualitativ abgesichert erfolgen, wenn ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Um die bis 2013 angestrebte 35% Versorgungsquote zu erreichen wird bundesweit mit einem zusätzlichen Fachkräftebedarf von fast 80 000 Erzieherinnen und Erzieher in Einrichtungen gerechnet. Deshalb ist davon auszugehen, dass der bereits heute in Hessen vorhandene Mangel an Fachkräften in den nächsten Jahren deutlich steigen wird. Dies wird auch Auswirkungen auf die Situation in Marburg zeigen.

Die Umsetzung der ab dem ersten September dieses Jahres geltenden Neuregelung der Personalmindeststandards kann nur gelingen, wenn ausreichend Fachpersonal vorhanden ist. Auch wenn die Landesregierung die Mindestverordnung zum Teil wieder außer Kraft gesetzt hat und die Umsetzung jetzt bis 2012 hinausschiebt, ist doch schon jetzt dringend Handlungsbedarf. Die Erfahrungen mit der Einführung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz haben gezeigt, dass rechtzeitig daran gedacht werden muss, ausreichendes Fachpersonal zu haben. Sonst geht der Platzausbau für die Betreuung der unter Dreijährigen zu Lasten der Qualität der Betreuung.

Für die Situation in Marburg ist zwar anzumerken, dass der Betreuungsschlüssel schon heute deutlich über den bis jetzt geltenden Mindestanforderungen des Landes liegt. Auch die Gruppengrößen sind kleiner als erlaubt. Gleichwohl wird auch in Marburg mit finanzieller Hilfe des Landes eine nochmals verbesserte Situation für dringend erforderlich gehalten.

Der Bedarf an zusätzlichem Fachkräftepersonal wird verschärft durch den zu erwartenden Personalrückgang aufgrund der relativ kurzen Verweildauer im Beruf und den zu erwartenden Verrentungen. Gleichzeitig ist die Zahl der Studierenden an Fachschulen für Sozialpädagogik rückläufig. Hierzu ist es wichtig, dass der Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers endlich die gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung erhält, die er verdient.

Der hessische Aktionsplan soll dementsprechend verschiedene Bausteine enthalten, die in ihrer Gesamtheit dazu beitragen dem drohenden Fachkräftemangel entgegen zu treten.

Angela Dorn  
Wolfram Schäfer

Barbara Mertens  
Ulrich Severin

